

Beilage 1328/2007 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine EU weite Volksabstimmung

Gemäß § 26 Abs. 6 LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Öö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass auf Ebene der Europäischen Union das Instrument einer europaweiten Volksabstimmung geschaffen wird.

Begründung:

Nach zähen Verhandlungen haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union den Reformvertrag für die Gemeinschaft angenommen. Es handelt sich dabei um eine in einen Vertrag gegossene Reform, mit der die erweiterte, gewachsene Europäische Union handlungsfähig bleiben soll. Der Reformvertrag soll offiziell am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterfertigt werden.

In vielen Ländern herrscht unter der Bevölkerung eine Skepsis gegenüber der Europäischen Union. Dies ist auf die geringe Einbindung und mangelnde Information der Bürgerinnen und Bürger zurückzuführen. Eine bürgernahe EU-Politik kann nur dann wirklich gelingen, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass Entscheidungen nicht über ihre "Köpfe" hinweg getroffen werden. Die EU-weite Volksabstimmung wäre ein weiterer Schritt in Richtung Demokratisierung.

Nachdem die Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedsländern über eine gemeinsame EU-Bürgerschaft verfügen, soll als ein weiteres Symbol der europäischen Integration nach der Einführung der gemeinsamen Währung für die Europäerinnen und Europäer das Instrument einer europaweiten Volksabstimmung geschaffen werden. Weiters fordern die unterzeichnenden Abgeordneten die Informationsarbeit auszubauen.

Gerade bei wesentlichen Weichenstellungen sollten die Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozess mit eingebunden werden. Dies wäre ein wichtiger Schritt, das Bekenntnis der Bürgerinnen und Bürger zum europäischen Gedanken zu steigern. Während derzeit oft Länderinteressen Verhandlungsprozesse in der EU blockieren und eher das Trennende als das Verbindende in den Vordergrund gerückt wird, sollten in Zukunft derartige Entscheidungen gemeinsam und europaweit getroffen werden. Bei dieser Form einer Volksabstimmung sollte die Stimme jeder/s Einzelnen der 480 Millionen Bürgerinnen und Bürger Europas dasselbe Gewicht erhalten, unabhängig davon, welche der europäischen Staatsbürgerschaften Grundlage dieses Wahlrechts ist und unabhängig vom Ort des Wohnsitzes.

Linz, am 6. November 2007

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Strugl, Aichinger, Jachs, Entholzer, Kiesl, Schürrer, Lackner-Strauss, Frauscher, Ecker, Steinkogler, Stelzer, Brandmayr, Orthner, Baier,

**Hingsamer, Hüttmayr, Eisenrauch, Stanek, Pühringer, Brunner,
Schillhuber, Weixelbaumer, Weinberger, Bernhofer, Mayr**

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Schwarz, Wageneder, Hirz, Trübswasser